

**Beschluss der 12. Landesmitgliederversammlung der
Grünen Jugend Bayern
in Eichstätt , am 30. März 2003**



Die Landesmitgliederversammlung beschließt eine Globalalternative zum schulpolitischen Teil des aktuellen Entwurf des Landtagswahlprogramms von Bündnis90/Die Grünen. Sie beauftragt den Landesvorstand, diese Globalalternative in die Programmdiskussion der Partei einzubringen und darauf hinzuwirken, dass die Position der Grünen Jugend möglichst weitgehend Position der Mutterpartei wird.

Landtagswahlprogramm

Entwurf der Grünen Jugend zur Schulpolitik

Präambel

Bildung ist der Zugang zur Welt, das Tor zur Zukunft. Dieses Tor gilt es für jeden einzelnen möglichst weit aufzustoßen. Denn Bildungschancen sind Lebenschancen. Diese Chancen wollen wir gerecht verteilt sehen.

Bildung bezieht sich auf Individuen, die jeweils auf ganz eigene Weise begabt und interessiert sind. Unser Menschenbild ist ein positives. Wir glauben, dass Schülerinnen und Schüler neugierig sind auf die Welt, dass sie sich für das Lernen interessieren lassen. Deshalb setzen wir mehr auf Motivation denn auf Zwang. Deshalb sind wir überzeugt, dass individuelle Förderung besser fruchtet denn bloßer Leistungsdruck.

Bildung ist das Wissen von der Welt und über die Welt. Schule soll aber nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch zur eigenständigen Wissensaneignung anregen. Bildung ist auch Vorbereitung auf das Leben. Schule soll daher kreative, selbstbewusste und selbständige Menschen heranbilden, die zu Teamarbeit und kritischem Denken fähig und den Anforderungen einer globalisierten Welt gewachsen sind.

Bayern liegt bei den Schulabgängern ohne Abschluss zwar über dem Bundesdurchschnitt, bei der Abiturientenquote aber weit darunter. Das ist Ergebnis einer CSU-Politik, die den Einzelnen nur fordert, aber nicht fördert. Unsere Bildungspolitik setzt dagegen nicht auf Auslese und Bevormundung, sondern auf Vielfalt und Individualität. Unsere Schule ist keine bloße Elitenfabrik, sondern ein Raum zum Leben und Lernen.

Im Kindergarten wird der Grundstein gelegt

Gerade die frühe Entwicklungsphase ist besonders wichtig für die Zukunft eines Kindes. Deshalb muss zunächst sichergestellt werden, dass jedes Kind auf leichte und unbürokratische Weise Zugang zu einem Kindergartenplatz hat. Langfristig treten wir für ein verpflichtendes Vorschuljahr ein.

Zudem stehen wir für eine pädagogische Aufwertung des Kindergartens. Wir wollen keinen Kindergarten, der in erster Linie als eine Verwahrstelle wahrgenommen wird hin, sondern einen Ort, der Anregung und individuelle Förderung bietet und damit den Entdeckungsdrang der Kinder unterstützt. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund müssen bereits im Kindergarten durch gezielte Sprachförderung und Integrationsmaßnahmen auf den Schuleintritt vorbereitet werden. Um diese Aufgaben angemessen wahrnehmen zu können, müssen Erzieherinnen und Erzieher vertiefter als bisher ausgebildet werden.

Schule als Ort der Förderung, Entwicklung und Chancengerechtigkeit

Die Leistungsfähigkeit hängt entscheidend vom Umfeld ab. In Bayern schaffen circa 25% aller Migrantenkinder nicht einmal den Hauptschulabschluss. Die Wahrscheinlichkeit, dass

ein Akademikerkind aufs Gymnasium kommt, ist etwa zehnmal so groß wie bei einem Kind aus einem finanzschwachen Haushalt. Kindern Chancen aufgrund ihrer Herkunft derart zu verbauen, wie es in Bayern geschieht, ist weder christlich noch sozial. Das starre dreigliedrige Schulsystem mit der frühen Selektierung nach vierten Klasse wird den verschiedenen und individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht. Diese brauchen mehr Zeit, um ihre Stärken und Begabungen zu entwickeln.

Deshalb fordern wir ein Schulsystem, das auf intensiver individueller Förderung basiert und von großer Durchlässigkeit geprägt ist – und zwar nicht nur von oben nach unten.

Das langfristige Ziel von Bündnis 90/Die Grünen ist eine integrative und allgemeine Schule, in der die unterschiedlichen Begabungen und Interessen in einem modularen Kurssystem gefördert werden. So kann auf individuelle Entwicklungsprozesse eingegangen und das Leistungspotential des Einzelnen ausgeschöpft werden. Dies betrifft Lernschwache und Hochbegabte gleichermaßen. Zudem werden wichtige soziale Kompetenzen eingeübt, denen wir neben den fachlichen Leistungsnachweisen einen großen Stellenwert einräumen.

Ganztags zum Erfolg

Heute werden die Schülerinnen und Schüler im 45-Minuten-Takt durch die Klassenräume geschleust, für soziales oder außerlehrplanmäßiges Lernen bleibt kaum Zeit. Dieser Status quo ist unbefriedigend. Deshalb wollen wir den Ausbau von Ganztagschulen fördern. In diesen wird der Schulalltag aufgelockert, die Schule wird von der bloßen Paukanstalt zum Lebens-Raum. Gerade Kindern aus sozial schwachen Familien eröffnen sich hier Chancen, die ihnen der konzentrierte Vormittagsunterricht nicht zu geben vermag. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendliche die Wahl haben, eine Ganztagschule zu besuchen: In einem ersten Schritt wollen wir in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt eine Ganztagschule für jede Schulart einrichten. Langfristig wollen wir die Hälfte aller allgemeinbildenden Schulen in Ganztagschulen umwandeln.

Realitäts- und lebensbezogener Unterricht

Schülerinnen und Schüler sollen fürs Leben lernen und nicht für die nächste Schulaufgabe. Ein guter Unterricht muss fundierte Allgemeinbildung vermitteln, vor allem aber auch das Interesse an dieser Allgemeinbildung. Und er muss Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Flexibilität und Innovativität antrainieren, die in unserer modernen Arbeitswelt unverzichtbar sind.

Dies kann der traditionelle Frontalunterricht nicht leisten. Wir setzen statt dessen auf alternative Unterrichtsmethoden wie Projekt- oder Gruppenarbeit. Wir setzen nicht nur auf theoretisches Faktenwissen, sondern vor allem auch auf praktisches Methodenwissen. Unterricht soll nicht Berieselung, sondern aktive Teilnahme sein.

Schüler allein durch Noten zu „motivieren“ halten wir für den falschen Ansatz. Deshalb lehnen wir die rigide Notengebung in der Grundschule ab. In den höheren Klassen wollen wir die Ziffernnoten durch differenziertere Bewertungskriterien ergänzen.

Nicht mehr einem detailversessenen Lehrplan hinterher hecheln müssen

Ein zeitgemäßer und flexibler Unterricht ist nicht möglich, wenn er in das enge Korsett eines detailversessenen Lehrplans gezwängt ist. Wir brauchen bundesweit vergleichbare Bildungsstandards und klare Zielvorgaben. Doch die Lehrerinnen und Lehrer brauchen auch ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausgestaltung des Unterrichts.

Auch die klassische Fächerunterteilung muss überdacht und fächerübergreifendes Lernen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Moderne und praxisnahe Lehrerausbildung

Von entscheidender Bedeutung für den Bildungsstandort sind nicht nur die Strukturen, sondern vor allem auch die Akteure: die Lehrerinnen und Lehrer. Die skizzierten Reformen würden völlig neue Anforderungen an sie stellen. Sie müssten fähig sein, Unterricht kreativ und flexibel zu gestalten und individuell auf die Schülerinnen und Schüler einzugehen. Sie müssten eher Pädagogen sein denn Fachwissenschaftler. Dafür müssen sie ausgebildet werden. Im jetzigen System sehen die meisten Lehramtsanwärter eine Schule höchstens einige Wochen von innen und beschäftigen sich ansonsten mit theoriebeladenen und oft veralteten Inhalten. Wir treten deshalb für eine grundlegende Reform des Lehramtsstudiums ein. Ziel sollte eine Ausbildung sein, die ein deutlich höheres Gewicht auf die Pädagogik und praktische Ausbildung legt. Das setzt eine verstärkte Interaktion zwischen Schulen und Universitäten voraus. Auch die pädagogische Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss einen noch höheren Stellenwert genießen.

Entbürokratisierung und Demokratisierung

Insgesamt bauen wir auf eine Entbürokratisierung des Schulwesens. Die von oben herab gelenkte Schulverwaltung geht oftmals an den eigentlichen Bedürfnissen der Schulen vorbei. Durch mehr Entscheidungsautonomie direkt vor Ort an den Schulen werden Mittel effektiver und sinnvoller eingesetzt. Die Schulämter sollen zu Beratungszentren für Schulentwicklung und LehrerInnenfortbildung ausgebaut werden. Nicht Verwaltungsbestimmungen sollen im Vordergrund stehen, sondern die aktuelle und praktische Erfahrung.

Angelehnt an eine ausgeweitete Schulautonomie fordern Bündnis 90/Die Grünen die Demokratisierung der Schulen. Im Schulforum als höchste Instanz sollen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gemeinsam über Ämtervergabe, Mittelverwendung etc. entscheiden. Denn es gilt, Demokratie schon früh praktisch einzuüben. Den Schülerzeitungen muss aus dem gleichen Grund endlich Autonomie zugestanden werden.

Auch die Anerkennung der Landesschülervertretung durch das Kultusministerium ist überfällig. Denn bei den anstehenden Reformen sollen auch die Betroffenen, nämlich die Schülerinnen und Schüler, mitreden dürfen.